

## Präsidentenwahlkampf und Irakkrieg

**Die politische Debatte in den USA wird von zwei Themen beherrscht, die zudem eng miteinander verwoben sind: Dem Krieg im Irak und dem Vorwahlkampf für die Präsidentenwahlen im November 2008. Daneben spielt Afghanistan noch eine gewisse Rolle. Daneben erhitzte die Debatte um das vor allem von Senator Kennedy und Senator Kyl ausgehandelte und von Präsident Bush nachhaltig unterstützte Einwanderungsgesetz die Gemüter. Es wurde schließlich Ende Juni im Senat abgelehnt.**

Der G8-Gipfel sowie die Beziehungen USA-EU haben in den letzten Wochen auch einige Aufmerksamkeit erhalten; ferner das Thema Energie bzw. Klima. Angesichts einer noch immer stabilen konjunkturellen Entwicklung spielen wirtschaftliche Fragen gegenwärtig nur eine untergeordnete Rolle.

### **Präsidentenwahlen 2008**

Der Vorwahlkampf hat ungewöhnlich früh begonnen. Schon kurz nach den Zwischenwahlen im November 2006 haben sich die meisten Kandidaten in Stellung gebracht. Erstmals seit langer Zeit nimmt kein Amtsinhaber oder Vizepräsident am Wahlkampf teil. Die Vielzahl der Politiker, die bereits ihre Kandidatur erklärt haben, oder von denen erwartet wird, dass sie ihre Kandidatur noch erklären werden, ist für den Wahlbürger kaum noch zu überblicken.

Letztlich konzentriert sich das Interesse jedoch auf die wenigen „Frontrunner“, also die Spitzenkandidaten.

Bei den Demokraten sind das Senator Hillary Clinton und Senator Barak Obama. Gegenwärtig liegt Senator Clinton deutlich in Führung, auch vor Senator Obama. Sie verfügt zweifellos über die beste Organisation und den qualifiziertesten Mitarbeiterstab. Vor allem aber verfügt sie über die größten finanziellen Mittel. Sie nimmt den übrigen demokratischen Kandidaten geradezu die „finanzielle Luft“. Lediglich Senator Obama kann da noch einigermaßen mithalten.

Trotz des großen Vorsprungs von Senator Clinton vor ihren parteiinternen Mitbewerbern ist dennoch zu spüren, dass Ihre Kandidatur noch immer mit gewissen Unwägbarkeiten behaftet ist. Kaum jemand bezweifelt, dass Senator Clinton, beim gegenwärtigen Stand der Mitbewerber, die Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten sicher gewinnen wird. Zweifel werden aber immer wieder geäußert, ob Senator Clinton auch die Präsidentschaftswahl gewinnen kann. Denn zu viele Wähler sind schon heute erklärte „Clinton-Gegner“. Deshalb wird auch immer wieder darüber spekuliert, ob Al Gore im Herbst nicht doch noch seine Kandidatur erklären wird. Er wäre ein wirklich ernst zu nehmender Gegner für Senator Clinton bei den Vorwahlen und hätte wohl größere Chancen, die Präsidentenwahlen zu gewinnen als sie.

Frontrunner bei den Republikanern waren bis vor wenigen Tagen Rudolph Giuliani, Senator John McCain und der ehem. Gouverneur von Massachusetts Mitt Romney. Allerdings konnte keiner von ihnen eine ähnlich deutliche Führungsposition erringen wie Senator Clinton im demokratischen Lager.

02. Juli 2007

[KAS-Länderberichte](#)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Im Gegensatz zu Senator Clinton oder Al Gore im demokratischen Lager verfügt die Republikanische Partei über keinen für das eigene Lager „idealen“ Kandidaten. Giuliani ist schon zum dritten Mal verheiratet, McCain zum zweiten Mal, Romney ist Mormone und damit für die Evangelikalen nur schwer wählbar. Giuliani wird zudem angelastet, daß er zu liberal sei, zudem „pro choice“ gewesen sei und nun seine Position geändert habe. McCains Position leidet vor allem unter seiner Haltung zum Irakkrieg. Der „surge“ (zusätzliche Soldaten nach Irak) beruht auf seinem Vorschlag. Ebenso ist er einer der Initiatoren des jüngsten Gesetzentwurfs zur Immigration gewesen. Dieser Vorschlag hat innerhalb der Republikanischen Partei zu einem Aufruhr geführt. Am 28. Juni wurde der Gesetzentwurf im Senat schließlich endgültig abgelehnt. Ein immer wieder vorgebrachtes Argument gegen McCain ist außerdem sein Alter, er wird am Wahltag 72 Jahre alt sein. Geschätzt wird an ihm seine Geradlinigkeit und sein „strait talk“.

Die bisher nur geringe Begeisterung für die republikanischen Frontrunner hat wohl Fred Thompson dazu veranlasst, seine Kandidatur zu testen. Er war Senator ist aber den Amerikanern vor allem durch die Fernsehserie „Law and order“ gut bekannt. Er verkörpert eher als die drei gegenwärtigen Frontrunner den idealen republikanischen Kandidaten, der vor allem bei der Nominierung die besten Chancen hätte. Obwohl er seine Kandidatur noch nicht einmal erklärt hat, liegt er in einigen Umfragen seit kurzem sogar schon vor Rudy Giuliani.

Interessant ist darüber hinaus, dass der gegenwärtige Bürgermeister von New York Michael Bloomberg Mitte Juni seinen Austritt aus der republikanischen Partei erklärt hat. Das deutet darauf hin, dass Bloomberg plant, als unabhängiger Kandidat anzutreten. Welche Konsequenzen dies für das gesamte Bewerberfeld haben wird, ist noch offen. Vermutlich dürfte diese Kandidatur aber eher zu Lasten der republikanischen Kandidaten gehen. Diese Kandidatur ist keinesfalls nur ein Versuchsballon. Denn Mike Bloomberg hat, unterstützt durch zahlreiche Berater, lange analysiert, ob seine Kandida-

tur erfolgreich sein könnte. Als unabhängiger Kandidat muss Bloomberg nicht die Ochsentour durch die zahlreichen Primaries machen. Beobachter halten es durchaus für möglich, dass er bis zu dreißig Prozent der abgegebenen Stimmen gewinnen könnte. Sein großes persönliches Vermögen würde ihm außerdem die Finanzierung seines Wahlkampfes erleichtern.

Wer schließlich das Rennen machen wird und welche (zwei oder gar drei) Politiker dann schließlich gegeneinander antreten werden, wird spätestens am 5. Februar 2008 feststehen. Denn in einer Art Wettrennen haben verschiedene US-Staaten die Termine für die „Primaries“ vorgezogen. Nun werden voraussichtlich in rund 20 Staaten am 5. Februar gleichzeitig Primaries abgehalten („Tsunami Tuesday“).

Zwei Entwicklungen sind im Zusammenhang mit dem Präsidentschaftswahlkampf noch erwähnenswert:

- die neuen Medien der politischen Kommunikation werden im Wahlkampf immer wichtiger. Der Einfluss von „blogs“ und „youtube“ nimmt vor allem unter jüngeren Wählern gewaltig zu und verändert die Art und Weise des Wahlkampfes nachhaltig
- Die Kosten des Präsidentschaftswahlkampfes explodieren. Es wird geschätzt, daß die beiden Präsidentschaftskandidaten, die schließlich gegeneinander antreten werden, jeweils mindestens 500 Mio. Dollar an Wahlkampfmitteln aufbringen müssen. Die Wahlkampfkosten aller Kandidaten zusammengenommen dürften mehr als 1,5 Mrd. Dollar betragen.

### Irakpolitik in der Zerreißprobe

Als Präsident Bush im Januar seine neue Irakpolitik vorstellte, setzte er darauf, dass die Truppenaufstockung („surge“) die Gewalt in Bagdad und die sunnitischen Aufstände in der Anbar-Provinz reduzieren würde. Diese Atempause, so hoffte die Ad-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

02. Juli 2007

[KAS-Länderberichte](#)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ministration, sollte der von den Schiiten dominierten Regierung al-Malikis den notwendigen Spielraum zur Versöhnung mit sunnitischen und kurdischen Gemeinden und zum Aufbau einer vereinten Regierung verschaffen, die alle Iraker unterstützen würden.

Aber seit der Entsendung von fünf zusätzlichen US-Kampfbrigaden hat das Maß an Gewalt nicht nachgelassen und teils sogar zugenommen. Zu diesem Schluss kam vor kurzem ein Bericht des Pentagons, der außerdem besagt, dass es kaum Fortschritte bei den politischen Zielen ("benchmarks") gebe, die mit dem vom Kongress verabschiedeten Haushaltsgesetz zur weiteren Finanzierung des Irakkrieges verbunden waren. Selbst US-Verteidigungsminister Gates gestand vor wenigen Tagen in Bagdad ein, von den bisherigen Fortschritten "enttäuscht" zu sein. Demgegenüber widersprachen der Hauptbefehlshaber der US-Streitkräfte im Irak, General Petraeus, und der US-Botschafter Crocker dem Bericht des Verteidigungsministeriums und betonten die Erfolge in der Anbar-Provinz und einigen Stadtteilen von Bagdad. Der Mehrheitsführer der Demokraten im US-Senat, Harry Reid, fühlte sich von einem Artikel des Generals in der US-Tageszeitung *USA Today*, der von einem "erstaunlichen Grad an Normalität" in Bagdad sprach, zu einer offiziellen Replik provoziert und ermahnte Petraeus zu mehr Aufrichtigkeit bei dessen allseits mit Spannung erwarteten Bericht zum Irakkrieg vom 15. September. Dieser Report wird inzwischen sowohl von Demokraten als auch prominenten Republikanern als Zäsur für Amerikas zukünftige Irakpolitik gesehen.

Präsident Bush hingegen verteidigt leidenschaftlich seine Irakstrategie und hält daran fest, dass die Vereinigten Staaten weiterhin trotz der eskalierenden Anzahl von Gefallenen, vermehrter Rufe nach dem Abzug der US-Truppen und der zunehmenden Anti-Kriegsstimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit im Irakkrieg engagiert bleiben müssten. Zwar gab Bush zu, dass die im Irak wütende sektiererische Gewalt und die vielen amerikanischen Opfer "die Psyche unseres Landes belastet", warnte jedoch

gleichzeitig vor dem Desaster, das ein vorzeitiger US-Truppenabzug zur Folge hätte.

Demokraten und einige Republikaner fordern einen festen Zeitplan für den amerikanischen Truppenabzug aus dem Irak, und immer mehr konservative Kommentatoren, die ursprünglich die Irakinvasion befürworteten, kritisieren inzwischen das Kriegsmanagement von Präsident Bush. So wundert es nicht, dass der Irakkrieg zentrales Thema des Präsidentenwahlkampfes geworden ist. Die Amerikaner selbst geben ihrem Präsidenten immer schlechtere Noten für den Handhabung des Irakkrieges (68% der Befragten sind mit der Kriegsführung im Irak nicht zufrieden).

Die Irakstrategie von Präsident Bush erlitt Ende Juni einen weiteren Schlag als der langjährige Vorsitzende des Foreign Relations Committee des Senats (und jetzt „Ranking Republican“ in diesem Ausschuss) Senator Richard Lugar in einer Rede im Senat die Irakpolitik des Präsidenten erstmals offen kritisierte. Senator Lugar sagte, die Politik des „surge“ (Truppenaufstockung auf nun 157.000 Soldaten) sei nicht erfolgreich. Die USA sollten ihre Truppen reduzieren und teils in der Region neu aufstellen bevor der Wahlkampf für die Präsidentenwahlen 2008 voll in Gang gekommen sei und dann die Handlungsmöglichkeiten einschränke. Senator Lugar beklagte, die gegenwärtige US-Politik behindere die außenpolitische Wirksamkeit der USA weltweit und stelle eine hohe Belastung für das US-Militär dar. Er fuhr fort: „The costs and risks of continuing down the current path outweigh the potential benefits that might be achieved“.

Alles deutet nun darauf hin, dass im September dieses Jahres die Weichen im Irakkrieg neu gestellt werden. Kein Präsidentschaftskandidat, kein Kandidat für den Senat oder das House will mit dieser Bürde belastet in den Wahlkampf des Jahres 2008 ziehen.

### **Afghanistan am Wendepunkt**

In den letzten Monaten ist es in Afghanistan verstärkt zu Gefechten zwischen NATO-Truppen und Taliban-Kämpfern gekommen.

02. Juli 2007

[KAS-Länderberichte](#)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Selbst im relativ friedlichen Norden Afghanistans kam es zu Aufständen. In den vergangenen Wochen eröffneten NATO-geführte Truppen eine neue Front gegen Aufständische im Süden des Landes. Im Zusammenhang mit diesen Kampfhandlungen gerieten die US-geführten NATO-Streitkräfte ins Feuer der Kritik, da die internationalen Streitkräfte nach Ansicht der afghanischen Regierung nicht genug für den Schutz der Zivilbevölkerung unternommen hätten. Laut offiziellen afghanischen Angaben sind in den letzten 6 Monaten über 130 afghanische Zivilisten getötet worden. Insbesondere die große Zahl von Opfern unter Kindern sei nicht akzeptabel. Insgesamt kam es laut offiziellen Angaben im Jahr 2007 bereits zu mehr als 2.400 Todesopfern im Zusammenhang mit aufständischer Gewalt in Afghanistan. Zu Beginn dieser Woche gab das Pentagon bekannt, dass seit der US-Invasion in Afghanistan im Jahr 2001 mindestens 335 amerikanische Militärangehörige in Afghanistan, Pakistan und Usbekistan ums Leben gekommen sind.

Mit Sorge beobachtet das US-Verteidigungsministerium den Waffenschmuggel aus dem Iran an Taliban-Kämpfer in Afghanistan. Ungeklärt ist dabei jedoch die Rolle der iranischen Regierung. Bei dem jüngsten Besuch von US-Verteidigungsminister Gates zeigte sich Präsident Karzai hingegen unbesorgt über diese Entwicklungen und sagte, die "Beziehungen zwischen Iran und Afghanistan seien nie freundlicher gewesen als heute". Während sich Präsident Karzai über die vom Iran abhängige wirtschaftliche Entwicklung und Aufbauprojekte im westlichen Teil seines Landes freut und Iran dafür Lob spendet, beobachten die Amerikaner die Rolle des Irans beim Wiederaufbau Afghanistans mit Skepsis und befürchten, dass der Iran versucht das Nachbarland im Osten zu destabilisieren und amerikanische Streitkräfte in Afghanistan langfristig zu binden.

Eine Schlüsselrolle für den Erfolg der amerikanischen Strategie in dieser Region fällt nach Ansicht der US-Regierung Pakistan zu, dessen politische Führung sich dem Kampf gegen den Terrorismus verpflichtet habe. Während des Besuches von Vizepräsident

Cheney im Februar bei Präsident Musharraf standen die gemeinsamen Anstrengungen im Kampf gegen die Taliban und al-Kaida im Vordergrund der Gespräche. In jüngster Zeit jedoch häufen sich Äußerungen aus den US-Geheimdiensten und aus Pakistan, dass die Tage des US-freundlichen Generals gezählt seien. Damit verbunden sind Befürchtungen eines ins Chaos versinkenden islamistischen oder anti-amerikanischen (nuklearbewaffneten) Pakistans. Kommentatoren vermuten, daß Musharraf selbst nach einer "exit strategy" suche. Und die Amerikaner hoffen, dass der unpopuläre General sachte seiner Macht enthoben werden kann, während sie sich langsam von ihm distanzieren, um einen sanften Übergang zu gewährleisten. Das US-Außenministerium bestritt jedoch, dass der für die Region zuständige Staatssekretär im US-Außenministerium, Richard Boucher, seinen Besuch in Pakistan letzte Woche dafür genutzt habe, eine entsprechende Botschaft an Musharraf zu übermitteln. Laut Boucher gehe es lediglich darum, Nacharbeit bei der Kooperation in der Terrorismusbekämpfung zu leisten.

### **Amerika und Europa nach dem G8-Gipfel**

Im Vorfeld des G8-Gipfels richtete sich das amerikanische Augenmerk auf drei Ziele:

- eine effiziente Klimapolitik zur Eindämmung des Klimawandels
- das Einhalten früherer Versprechen gegenüber Afrika und
- ein gemeinsames schlagkräftiges Einschreiten gegen die Nuklearbestrebungen des Iran

Nach Abschluss des Gipfels fällt das Urteil gemischt aus: Während das Weiße Haus von einem „erfolgreichen Gipfel“ sprach, häuften sich in der US-Presse kritische Stimmen, die beklagten, dass das \$60-Milliarden-Versprechen der Afrika-Hilfe vage bleibe (ohne spezifischen Zeitraum) und lediglich alten Versprechen entspreche. In diesem Zusammenhang wurde Bob Geldofs Kritik des Gipfels als "groteske Pantomime" und "Farce" zitiert sowie die Kritik von Afri-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO U.S.A.

DR. NORBERT WAGNER

02. Juli 2007

[KAS-Länderberichte](#)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ka-Experten, die bemängelten, dass die Versprechen nicht einmal den Zielen des letzten G8-Gipfels gleichkämen. Auch der von Bundeskanzlerin Angela Merkel verkündete Gipfelerfolg, dass die Amerikaner einem Kommuniqué zustimmten, das – wenn auch nicht bindende - Emissionsgrenzen beinhalte, wurde als "Kompromiss" zwischen den USA und der Europäischen Union gewertet. Die US-Presse zitierte auch Umweltorganisationen, die den Klimakompromiss als "Schummelei" bezeichneten. Das *Wall Street Journal* urteilte, dass der G8-Kompromiß die schwierigsten Fragen (die Zustimmung der USA zu bindenden Emissionsgrenzen und die Einbindung der "emerging markets", u.a. China und Indien) unbeantwortet gelassen habe. Ein Meinungsartikel in der *New York Times* würdigte jedoch das in der Schlusserklärung des Gipfels enthaltene "wichtige und überfällige Versprechen" der Industrienationen, armen Ländern bei der Eindämmung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu helfen, die durch das Abholzen und Abbrennen tropischer Wälder entstehen und mehr Treibhausgase produzieren als alle Autos und Lastwagen der Welt.

Während das gemeinsame G8-Statement zur Unterstützung weiterer, über die bestehenden UN-Sanktionen hinausgehende Maßnahmen gegenüber dem Iran im Falle des Nichteinstellens des iranischen Nuklearprogramms als Erfolg interpretiert wurde, wurde jedoch die ausbleibende Einigung mit Blick auf den künftigen Status des Kosovo als Misserfolg gewertet. Die Vereinigten Staaten kündigten dennoch an, die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen zu wollen, auch wenn Russland die UN-Entscheidung nicht unterstützen werde.

Der Jubelempfang, den Albanien Präsident Bush zum Abschluss seiner Europareise bescherte, verleitete geradezu zu einem Vergleich zwischen der Haltung des "alten und neuen Europas" gegenüber den USA. Die *New York Times* kommentierte, dass es Anzeichen dafür gebe, dass auch das restliche Europa sich etwas mehr auf Amerika zubeuge und damit die im Zuge des Irakkrieges entstandene Kluft zwischen dem alten und neuen Europa "geringer" geworden sei. Mit Präsident Nicolas Sarkozy, Bundeskanz-

lerin Merkel und dem neuen Premierminister Großbritanniens Gordon Brown habe das alte Europa seine frühere Distanz zu den Vereinigten Staaten verringert.